



**Text zur Weitergabe an Redaktionen
sowie zur Veröffentlichung auf Web-
seiten der Mitgliedsvereine freigegeben**

Karnevalisten beklagen unklare Vorgaben aus der Politik

- **Politik auf Bundes- und Landesebene plant wohl keine Verschärfungen der Corona-Regeln für die kommenden Wochen**
- **Karnevalsvereine hatten freiwillig Karnevalssitzungen abgesagt – kommerzielle Anbieter nutzen nun die entstandenen Lücken**
- **Maximaler Schaden für das Brauchtum – minimaler Nutzen für das Pandemiegeschehen**

Fünf Wochen vor Weiberfastnacht haben die Regionalpräsidenten des Bund Deutscher Karneval (BDK) auf die unklaren Vorgaben aus der Politik für die Karnevalszeit aufmerksam gemacht. Im Rahmen eines Treffens mit Vertretern der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wurde bekannt, dass die aktuell geltenden Corona-Regeln wohl auch in der zweiten Hälfte der Session nicht verschärft werden. "Entgegen der Omikron-Vorhersagen der Politik von vor Weihnachten nehmen die Menschen aktuell wahr, dass Karneval in Kneipen oder im Rahmen von Saalveranstaltungen nach wie vor stattfinden darf und längst stattfindet", beklagt BDK-Präsident Klaus-Ludwig Fess. "Die einzigen, die auf Wunsch der Politik freiwillig abgesagt haben, sind die ehrenamtlich agierenden Karnevalsvereine. Nun wissen wir immer noch nicht, ob die versprochenen finanziellen Hilfen von Bund und Land wirklich kommen und erleben gleichzeitig, wie kommerzielle Veranstalter in die entstandenen Lücken stoßen. Der Schaden für das Brauchtum ist maximal, während das Pandemiegeschehen durch unsere freiwilligen Absagen von Sitzungen praktisch nicht beeinflusst wird." Trotz anders lautender Signale vom Jahresende sind Veranstaltungen mit 750 Personen in Innenräumen nach wie vor erlaubt, Masken nicht vorgeschrieben. "Wir sind als Karnevalisten nicht in der Position, kommerzielle Veranstalter oder gar jeden einzelnen Jecken zu drängen, strengere Regeln umzusetzen, als die Corona-Schutzverordnung vorschreibt. Das ist auch gar nicht unsere Aufgabe, wir können nur zur Vorsicht mahnen und unsere eigenen Veranstaltungen unter strengen Hygieneregeln umsetzen. Ein Ärgernis ist, dass aufgrund der Voraussagen und der jetzt gemachten Aussagen der Politik die ehrenamtlichen Karnevalisten auf Veranstaltungen verzichtet haben, während kommerzielle Anbieter alle Möglichkeiten ausschöpfen können. "



**Text zur Weitergabe an Redaktionen
sowie zur Veröffentlichung auf Web-
seiten der Mitgliedsvereine freigegeben**

Eine ähnlich widersprüchliche Situation wie aktuell im Saalkarneval ist für den Straßen- und Kneipenkarneval Ende Februar zu erwarten. "Zum einen werden Veranstaltungen mit Zuschauern, die unter 2G-Plus-Bedingungen durchgeführt werden könnten, derzeit nicht genehmigt, während sich zum anderen Tausende von Jecken unkontrolliert an den Feierhotspots treffen und selbstverständlich auch in die geöffneten Kneipen strömen werden", erklärt Christoph Kuckelkorn (Festkomitee Kölner Karneval). "Am Ende wird verallgemeinert 'DER KARNEVAL' erneut in der öffentlichen Wahrnehmung zum Corona-Treiber erklärt. Dabei unternehmen die Menschen nur das, was ihnen aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist. Hier ist deutlich ein Widerspruch zwischen dem aktuellen Pandemiegeschehen und den politischen Entscheidungen zu erkennen, der letztendlich dem karnevalistischen Brauchtum und alle ehrenamtlich Engagierten wie die Vereine vor den Kopf stößt", ergänzt Rolf Schröder (Bund Westfälischer Karneval).

Beim Online-Austausch am Mittwochabend wurde leider auch bekannt, dass bei Themen, die bei den Gesprächen im Dezember in Aussicht gestellten Änderungen nicht umgesetzt werden. Beim Umfang der Förderung sind die rechtlichen Gründe nachvollziehbar, dass die Maßnahmen für Veranstaltungen nicht wie angekündigt verschärft wurden, lässt sich, auch mit Blick auf die Inzidenzzahlen im neuen Jahr, offensichtlich nur 'politisch getrieben' erklären. "Jegliche Aussagen von Bund und Land, keine strengeren Kontaktbeschränkungen vorzugeben sowie schon Lockerungen im Februar in Aussicht zu stellen, sind völlig kontraproduktiv im Wissen um die stetig ansteigenden Infektionszahlen, den nur bedingt tauglichen Bürger- und Schnelltests sowie den Ansteckungsrisiken bei Menschenansammlungen in Innenräumen", erläutert Rolf Schröder sein Unverständnis für die Entwicklungen der letzten Wochen. "Zusätzlich wird den Menschen auch durch die andauernde Botschaft über den 'milderen Verlauf der Omikron-Variante' eine trügerische Sicherheit vermittelt. Da kann man es eigentlich niemanden verdenken, wenn er Abwechslung sucht, sein Karnevalskostüm anzieht und die nächst beste Veranstaltung besucht. Ich kann hier einfach die Argumentationsunterschiede nicht erkennen, wieso Gastronomen und private Veranstalter mit bis 750 Menschen Feiern organisieren dürfen; Karnevalsveranstaltungen jedoch als Tanzveranstaltungen eingeordnet und verboten werden."



**Text zur Weitergabe an Redaktionen
sowie zur Veröffentlichung auf Web-
seiten der Mitgliedsvereine freigegeben**

Darüber hinaus wurde bei der Besprechung bekannt gegeben, dass sowohl die Unterstützungsmöglichkeiten bei einem bestehenden Programm geprüft werden sowie ein weiteres Förderprogramm vorgestellt. Da hierzu noch Details mit mehreren Ministerien zu klären sind, wird die offizielle Vorstellung voraussichtlich in den kommenden Wochen erfolgen.

Der organisierte Karneval wird bei den gegebenen Möglichkeiten weiterhin mit Augenmaß vorgehen und nur in kleinen Formaten Angebote vorbereiten. Wir und unsere Mitglieds-gesellschaften sind uns nach wie vor unserer Verantwortung bewusst. Der Appell an Bund und Land kann daher nur lauten, für sicheres Regelwerk zu sorgen und auch die ehrenamtlich tätigen Vereine und Aktiven nicht aus dem Blick zu verlieren. Ansonsten könnte der mittelfristige gesamtgesellschaftliche Schaden größer sein als sich dies mancher vorstellen mag.

Kontakt für Rückfragen:

Bund Westfälischer Karneval e.V.
Rolf Schröder
Verbandspräsident
Telefon: 02324 9678196
E-Mail: praesident@bwk-online.de